

Helfer zwischen den Stühlen

Freundeskreis Asyl erlebt immer wieder schwierige Fälle wie den einer türkischen Familie, die kein Geld mehr vom Amt bekommt

Von Elena Borchers

RHEINFELDEN. Immer wieder geraten die Helfer des Freundeskreises Asyl zwischen die Stühle. Auf der einen Seite erleben sie Notlagen von Flüchtlingsfamilien hautnah, auf der anderen stehen die Behörden, die von Fall zu Fall entscheiden und prüfen müssen. Ein aktuelles Beispiel ist eine türkische Familie, die in der Gemeinschaftsunterkunft Schildgasse lebt und weder Geld noch Krankenscheine bekommt.

Der aktuelle Fall

Im aktuellen Fall handelt es sich um eine fünfköpfige Familie aus der Türkei, die seit Mitte Juni 2019 in der Gemeinschaftsunterkunft lebt. Da sie Kurden sind, möchten die Eltern ihren Namen nicht nennen, auch, um ihre elf und 22 Jahre alten Söhne und ihre 21-jährige Tochter zu schützen. In Istanbul hat die Familie nach eigenen Angaben einen kleinen Laden betrieben, doch als Kurden fühlten sie sich nicht mehr sicher.

Anfänglich haben sie in Deutschland Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen. „Das sind rund 280 Euro pro Person im Monat“, erklärt Herwig Popken vom Freundeskreis Asyl. Ab Dezember seien die Bezüge aber komplett gestrichen worden. Der Grund: Die Familie besitze in der Türkei mehrere Konten, wie der 44-jährige Vater berichtet. Das Landratsamt habe ihn aufgefordert, schriftlich nachzuweisen, wie viel Geld sich darauf befindet. Doch er könne die geforderten Nachweise nicht liefern. Mehrere Banken gäben aus Datenschutzgründen keine Informationen heraus und verlangten eine Unterschrift. Der Familienvater versichert, dass die Familie kein Vermögen habe, sondern sogar Schulden. Zudem wolle das Amt eine Quittung über die Summe, die die Familie einem Schlepper für ein Visum bezahlt hat.

Die Geldsorgen seien nicht das einzige Problem, berichtet Popken. „Die Familie

bekommt auch keine Krankenscheine mehr.“ Mit diesen können Flüchtlinge ohne Krankenversicherung zum Arzt gehen. Der kleine Sohn habe seit Wochen Zahnschmerzen, der Vater habe eine Behandlung seiner Knieprobleme abbrechen müssen. Außerdem habe er schon mehrfach Blut gespuckt. Ohne Hilfe des Freundeskreises und von Bekannten hätte die Familie hungern müssen, so Popken. Damit die 43-jährige Mutter einen Deutschkurs machen kann, habe der Freundeskreis aus eigener Tasche mehrere tausend Euro bezahlt. Die Mutter habe sich nun einen 450-Euro-Job als Putzhilfe gesucht und auch der Vater habe eine Anstellung in einem Restaurant gefunden. Doch nach wie vor sind sie auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Das sagt das Landratsamt

Thomas Vollbrecht, Fachbereichsleiter für Aufnahme und Integration im Landratsamt, bestätigt auf Nachfrage, dass die Familie keine Bezüge erhält. Laut Vollbrecht habe das Amt zunächst nicht gewusst, dass die Familie mit Visum eingereist ist. „Nachdem wir das festgestellt hatten, haben wir uns bei der Visumstelle in der Türkei erkundigt.“ Denn ein Visum erhalte nur, wer genügend finanzielle Mittel vorweisen könne. Die Stelle habe bestätigt, dass die Familie gut aufgestellt sei und mehrere Konten besitze. Zudem seien weitere Widersprüche aufgetaucht, was ihre wirtschaftliche Situation angeht. „Bis heute hat der Mann uns nur veraltete Kontoauszüge vorgelegt“, so Vollbrecht.

Mehr Unterstützung gewünscht

Herwig Popken kann sich vorstellen, dass die Familie falsche Angaben zu einem angeblichen Vermögen gemacht hat, um schnell wegzukommen. „Das haben wir schon oft erlebt, die Leute geben da alles an, weil sie Angst haben und nur weg wollen.“ Was die angeblichen Widersprüche angeht, wolle er nochmals das Gespräch mit der Familie suchen. Popken hat nach eigener Aussage in der GU schon drei



Sind die Formalitäten nicht geklärt, erhalten Asylbewerber kein Geld ...



... das erlebt derzeit diese Familie in der GU Schildgasse.

FOTO: BORCHERS

ähnliche Fälle erlebt, in allen habe das Landratsamt am Ende „zurückgezogen“. Doch betrogen worden sei er auch schon. „Man muss sich immer auf seine Menschenkenntnis verlassen.“ Wie es mit der Familie weitergeht, ist unklar. Laut Vollbrecht befinde man sich noch in der Prüfungsphase. Sollten die fehlenden Unterlagen nicht eingereicht werden oder sich herausstellen, dass die Familie Vermögen hat, würden die Leistungen abgelehnt. Bis dahin gibt es weder Geld noch Krankenscheine. „Im Notfall wird aber jeder von einem Arzt behandelt, mit oder ohne Krankenschein“, gibt Vollbrecht zu be-

denken. Popken würde sich wünschen, dass es für solche Phasen verträglichere Lösungen gäbe, die Familien etwa Geld bekämen, das sie später eventuell wieder zurückzahlen müssten. Und natürlich, dass sie zum Arzt können. Auch generell würde er sich wünschen, dass sich das Landratsamt mehr um die GU kümmere. So seien viele der mehr als 100 Räume zu klein und entsprächen nicht den gesetzlich vorgeschriebenen 7,5 Quadratmetern pro Person. Zudem sei die GU „ziemlich heruntergekommen“. „Ich habe das bei der Heimleitung bereits angesprochen, aber nichts ist passiert“, so Popken